P1 Selbstbestimmte Arbeit

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 30.09.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Inhaltlicher Schwerpunkt

Die Digitalisierung nimmt auch Einfluss auf die Arbeitswelt. Sie verändert die Art und Weise wie wir arbeiten. Jedoch hat die digitale Revolution nicht nur gute Seiten. Kapitalistische Zwänge bringen unternehmen dazu, neue Technologien zum Nachteil von Arbeitnehmer*innen zu entwickeln und zu verwenden. Für neoliberale Parteien wurde "Digitalisierung first, bedenken second" zum Leitbild in der Digitalpolitik.

Wir wollen, dass die Digitalisierung allen zu Gute kommt. Notwendig dafür ist ein kritisches Bewusstsein über die Digitalisierung. Allerdings ist Technologiefeindlichkeit auch kein Weg in der Modernisierung unserer Gesellschaft.

Unsere Arbeitswelt verändert sich - dabei brauchen wir eine friedliche Koexistenz von Mensch und Maschine!

Neue Arbeitskultur - Am Kicker bis zum Burnout?

Mit der Digitalisierung wird oft auch eine neue Arbeitskultur verbunden. Einige Unternehmen leben bereits eine freundlichere Arbeitswelt, freundlicher Umgang, das Du, ein Teamgefühl und Spaß am Kicker eine wichtige Rolle spielen. Damit soll die persönliche Bindung am Unternehmen sowie die Zufriedenheit gesteigert werden. Mit dieser Flexibilisierung gehen jedoch für Arbeitnehmer*innen oft unbewusst eine stärkere Vermischung von Arbeit und Freizeit einher. Im Gegenzug wird ständige Rufbereitschaft erwartet. Flexible Arbeitszeiten und Arbeitsplätze bedeuten, dass auch mal Nachts von zu Hause aus gearbeitet werden muss.

Die Antwort auf diesen Trend kann nur die Stärkung der Arbeitnehmer*innenrechte sein. Es braucht eine strikte und klare Trennung von Arbeit und Freizeit. Damit Arbeit für das Leben da ist und nicht andersrum, ist die Einführung diverser Regeln notwendig - unabhängig der Unternehmensgröße.

Überwachung, Optimierung, Effizienzsteigerung - und von vorn!

Überwachung ist nicht mehr allein ein staatliches Instrument zu Kontrolle von

Bürger*innen. Arbeitsgeber*innen haben Überwachungsinstrumente für sich entdeckt, um ihre Arbeitnehmer*innen besser zu kontrollieren und zu optimieren.

Die Überwachung von Arbeitsabläufen ist zu einem wichtigen Instrument der Prozessoptimierung geworden. Durch die genaue Messung von Arbeitsschritten können Prozesse analysiert und verbessert werden. Entsprechende Messinstrumente können aber auch dafür genutzt werden, Arbeitnehmer*innen auf die Einhaltung von Prozessen zu prüfen und ihre Effizienz zu kontrollieren. Die Folge sind enormer Leistungsdruck, sowie die Beurteilung von Arbeitnehmer*innen anhand ihrer Effizienz, einhergehend mit der Benachteiligung von weniger effizient arbeitenden Arbeiter*innen.

Mit dem zunehmenden Leistungsdruck erhöht sich auch der Stress für die Betroffenen. Der steigende Druck entsteht also durch stetige Überwachung und Optimierung und führt schlussendlich zum Burnout vieler Arbeitnehmer*innen.

Eine solche Überwachung ist nicht nur verwerflich - sie schränkt die Rechte von Arbeitnehmer*innen erheblich ein. Deshalb fordern wir ein Ende der Überwachung von Arbeitnehmer*innen. Außerdem braucht es eine Stärkung der Betriebsräte, damit diese einen Arbeitsprozesse mitgestalten und somit einen Einfluss auf die Arbeitsbelastung, sowie den Leistungsdruck nehmen können.

Arbeitszeit reduzieren, nicht Arbeitsplätze!

Wir wollen die Digitalisierung als eine Chance der Entlastung begreifen. Viel zu oft wird die Digitalisierung für Rationalisierungsmaßnahmen und somit für Stellenabau missbraucht. Auf diesem Wege verlieren nicht nur viele Arbeitnehmer*innen ihren Job - den Versicherungen gehen dabei auch die Sozialabgaben verloren. Ein solcher Missbrauch der Digitalisierung führt also nicht nur zu einer höheren Arbeitslosigkeit - sie gefährdet sogar das Sozialsystem.

Arbeitsplatzabbau ist jedoch die falsche Antwort auf die fortschreitende Modernisierung unserer Arbeit. Neue, digitale Werkzeuge dürfen nicht zum Handlanger der Gewinnmaximierung und zweifelhaften Wachstums werden. Viel mehr sollte die Digitalisierung der Reduktion von Arbeit und somit der Arbeitszeit dienen. Sie ist eine Chance für Arbeitnehmer*innen bei gleichen Gehalt weniger zu arbeiten und mehr vom Leben zu haben. Neben der Arbeitszeitreduktion ist aber auch die Anhebung des Mindesturlaubes notwendig. Durch regelmäßige Sabbaticals sollten Arbeitnehmer*innen die Gelegenheit haben, sich tiefer zu entspannen.

Statt Rationalisierung fordern wir also eine Arbeitszeitreduktion. Die neue Vollzeit-Perspektive muss die 28-Stunden-Woche für alle Arbeitnehmer*innen bei gleichem Gehalt werden! Darüberhinaus fordern wir eine Flexibilisierung der Arbeitszeit, in der Arbeitnehmer*innen ihre Arbeitzeit mit Rückkehrperspektive an ihre Lebensrealität anpassen können.

Außerdem braucht es einen stärkeren Kündigungsschutz. Bei steigenden Gewinnen darf kein Unternehmen eine betriebsbedingte Kündigung aussprechen - denn eine betriebsbedingte Kündigung darf unter keinen Umständen ein Instrument der Gewinnmaximierung sein!

Befristung und Scheinselbstständigkeit bekämpfen

Mit der Digitalisierung haben sich auch die Arbeitsverhältnisse verändert. Immer mehr Arbeitsverträge werden befristet. Zeitarbeitsfirmen haben an Bedeutung zugenommen. Noch besorgniseregender ist der Trend der Scheinselbstständigkeit.

Mit der wachsenden Bedeutung des Onlinehandels wuchs auch die Bedeutung und damit auch der Druck auf die Logistikbranche. So werden viele Ausliefer*innen nicht mehr als Mitarbeiter*innen eingestellt, sondern als Unternehmer*innen beauftragt.

Auf diese Weise werden viele Arbeitnehmer*innen in die Scheinselbstständigkeit getrieben. Dabei wird mit der Scheinselbstständigkeit nicht nur der Mindestlohn und Tarifverträge umgangen - auch in die Sozialversicherungen wird nicht mehr eingezahlt. Ausbleibende Renteneinzahlungen erhöhen für die Selbstständigen das Risiko der Altersarmut. Oft werden Scheinselbstständige am Ende des Jahres mit hohen Steuerzahlungen konfrontiert, da in diesem Beschäftigungsverhältnis keine Lohnsteuervorauszahlung stattfindet. All diese Aspekte macht es für die Betroffenen schwierig zu erkennen, wie viel Netto wirklich vom Brutto übrigbleibt.

Diese Form der Scheinselbstständigkeit muss daher stärker von den Finanz- Arbeits- und Sozialämtern verfolgt werden. Bei ersten Anhaltspunkten sind Scheinselbstständigkeiten zu unterbinden und entsprechende Unternehmen zu sanktionieren. Außerdem braucht es für Beschäftigte in Scheinselbstständigkeit Mitspracherechte und eine Vertretung durch Gewerkschaften, damit diese ihre Rechte als Arbeitnehmer*innen wahrnehmen können.

Außerdem müssen Arbeitsverträge entfristet werden. Die Praxis der Zeitarbeit und begrenzten Beschäftigung muss enden. Für eine echte existenzielle Perspektive braucht es Langfristigkeit. Nur so kann die Zukunft von Arbeitnehmer*innen gesichert bleiben.

Mehr Digitalisierung = Mehr Mitbestimmung und mehr Rechte!

Die Digitalisierung ist aber auch eine Chance für neue Mitbestimmungsformen innerhalb von Unternehmen. Schon jetzt benutzen viele Unternehmen digitale Partizipationsformen, um die Mitarbeiter*innen in ihren Entscheidungsprozessen mit einzubinden. Nicht selten handelt es sich hierbei um Scheinpartizipation. Wir wollen eine digitale Partizipation von Mitarbeiter*innen, die auch Einfluss auf den Betrieb und ihre Arbeitsweise nimmt. Dies sind wichtige Schritte in

Richtung der Demokratisierung der Wirtschaft.

In Zeiten wie diesen kommen Betriebsräte und Gewerkschaften eine neue Bedeutung zu. Betriebsräte und Gewerkschaften müssen mehr Einfluss auf die Gestaltung von Arbeitsverhältnissen und der Arbeit an sich nehmen. Um ihre Interessen durchzusetzen brauchen sie aber auch ein Streickrecht, welches auch politisch begründet ist. Dieses Werkzeug ist nötig, um auf die Einhaltung der Arbeitnehmer*innenrechte zu pochen.

Als GRÜNE JUGEND begreifen wir die Digitalisierung als eine Chance für weniger Arbeit, mehr Leben, mehr Mitbestimmungsrechte und eine demokratischere Wirtschaft. Dazu ist es aber notwendig, die Digitalisierung in Bahnen zu lenken, die nicht allein dem Kapitalismus zu Gute kommt, sondern auch dem Menschen nützt. Um dieses Ziel zu erreichen ist ein stärkerer Einfluss des Staates notwendig.

Wir wollen diesen Einfluss nehmen, damit die Digitalisierung den Menschen nützt - und nicht den Gewinnen der Unternehmen.